

Stefan Brunnhuber

Die Kunst der Transformation

Wie wir lernen, die Welt zu verändern

Mit einem Vorwort von Kurt Biedenkopf

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



MIX
Papier aus verantwor-
tungsvollen Quellen
FSC® C083411

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2016
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: total italic, Thierry Wijnberg, Amsterdam/Berlin

Satz: Carsten Klein, München
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-451-60003-6

Inhalt

Vorwort von Kurt Biedenkopf	9
1. Vorwort – Worum es geht.	22
2. Eine erste Bestimmung von Wachstum und Entwicklung	31
Der kleine Unterschied: Wachstum und Entwicklung	33
Steckbrief für Entwicklungsvorgänge: Prä-post-Differenz und differenzielle Praxis	41
Das Ich, die Empathie und die anderen	44
Eine erste Anwendung: Shared Economy.	47
Resümee	51
3. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile	54
Die drei K: kompliziert – komplex – kontingent	54
Nachhaltigkeit im Zeitalter des Menschen.	56
Die Illusion der Gleichheit: Zeitliche und emotionale Diskontierung	60
Die zeitliche Struktur des guten Lebens.	62
Alles im Lot: Integrale Nachhaltigkeit aus einer Helikopterperspektive	66
Wohlstand oder Wohlfahrt: Messen wir das Richtige?	78
Resümee	84
4. Grenzen und Tragweite des Standardarguments	87
Ist das Boot wirklich voll?	91
Perspektivwechsel: Vom demografischen zum Bildungsdefizit.	94

Die grüne Zukunft: Alles eine Frage der Technik?	98
Energie: Der heimliche Katalysator wirtschaftlicher	
Wertschöpfung	106
Das Mantra des immerwährenden Wachstums	110
Green New Deal und Global Marshall Plan	114
Resümee: Jeffrey Sachs' Rechnung.	118
5. Finanzmärkte und Nachhaltigkeit aus	
sozialpsychologischer Sicht	123
Der Fehler im System	123
Geld stinkt nicht? Doch!	126
Eine Alternative: Das monetäre Ökosystem.	131
Gefühlte Fairness oder: Wie kommt die Moral	
in den Menschen?	141
Warum Ungleichheit auch ungerecht ist:	
Thomas Pikettys Welt	148
Die eigene Scholle: Kapital durch Eigentum	149
Resümee	154
6. Leben im Widerspruch	156
Gewinne – Verluste – Framing – Ankereffekte	162
Das grüne Dilemma oder: Warum wir das Richtige	
im Falschen tun müssen.	173
Spätes Glück und frühe Förderung: Shunyata,	
die Heckman-Kurve und der Kopenhagener Konsens	182
Der Rorschach-Test und Tabus in der Ökonomie:	
Dauerhafte Stagnation und quantitative Lockerung.	192
Resümee	203
7. Affekte – Attachment – Anerkennung – Aggression.	206
Gut oder böse: Was ist des Menschen Natur?.	208
Auch Fühlen will gelernt sein: Die Entwicklung	
der Affekte.	215
Ich bin etwas wert, weil ich bin: Das leistungsfreie	
Grundeinkommen	222
Resümee	226

8. Psychologie der Transformation	228
Eine kleine kopernikanische Wende.	228
Das Überschreiten des Rubikon: Was wir brauchen, um uns zu ändern	230
Die inneren und äußeren Antreiber	232
Schritt für Schritt: Die Transformationstreppe	237
Lust am Verzicht: Warum weniger besser, aber anders ist	250
Resümee	257
9. Die Vermessung von Wachstum und Entwicklung	259
Auf Kollisionskurs: Kollaps, Katastrophen und Kuznets-Kurve.	266
Von äußeren Wachstumsfaktoren und inneren Entwicklungsvorgängen	269
Letzte Worte	277
Literatur	283
Zum Autor.	299
Anmerkungen	301

Vorwort von Kurt Biedenkopf

I

Stefan Brunnhuber ist meines Wissens der erste, der als Psychologe einem begründeten Zusammenhang zwischen der integrierten Psychologie und der Wachstumsidee nachgeht. Er erschließt damit der Debatte über die Folgen der Wachstumspolitik eine neue und entscheidende Dimension. Im Vorwort zu seinem Buch »Die Kunst der Transformation« stellt er fest, die Resultate der verschiedenen Teildisziplinen der Psychologie stützten die These, dass Governancestruktur, Bewusstseinslage, soziale Praxis und technologische Errungenschaften so lange auseinanderfallen, solange es nicht gelingt, deren psychologisches »Missing Link« hinreichend zu formulieren. Im Mittelpunkt seiner Argumentation steht, »dass die Idee ständiger ökonomischer Expansion nicht mit unserer psychologischen Soft- und Hardware kompatibel ist«. Im Gegenteil seien es Kategorien wie Verzicht, Weniger, Balance, Unterscheidung und Weglassen, die das psychosoziale Potenzial des Menschen besser abbilden und damit nachhaltiger sind.

Man kann auch sagen, es sind Kategorien der Begrenzung. Ihre Beachtung ermöglicht dem Menschen ein über Generationen nachhaltiges Leben. Der Versuchung, sich über sie hinwegzusetzen, begegnete der Mensch seit jeher mit religiös und politisch gesetzten Normen und mit der kulturellen Domestikation seiner Veranlagung, für ihn existentielle Begrenzungen zu ignorieren. Wie Hans Mohr 1983 feststellte, sind im Laufe der Menschheitsgeschichte menschliche Kulturen immer wieder an misslungenen Begrenzungen gescheitert.

Solange es sich dabei um regionales Scheitern handelte, kann man darin einen Beitrag zur Evolution oder der Entwicklung menschlicher Gemeinschaftsformen sehen. Heute steht uns diese beruhigende Gewissheit jedoch nicht mehr zur Verfügung. An die Stelle eines evolutionären Ausleseprozesses ist eine globale, die Menschheit gefährdende Bedrohung getreten. Die tastende Bereitschaft, Entgrenzungen für unvermeidlich zu halten, hat sich seit den 1970er-Jahren in Gestalt der Wachstumsideologie zu der Überzeugung verdichtet, demokratische Governance sei nur unter Bedingungen eines angemessenen und nachhaltigen Wachstums der Wirtschaft möglich. Inzwischen wird sie auch deshalb auf der globalen Ebene fast ausnahmslos als Fortschritt gepriesen. Wie keine andere Idee und mit historisch einmaliger Geschwindigkeit hat sie auf globaler Ebene ein wirtschaftliches und politisches Momentum entwickelt. Sie wird unterstützt durch einen ebenso einmaligen Konsens unter der großen Mehrheit führender Ökonomen und, soweit erkennbar, unter allen Regierungen der für den Weltmarkt wesentlichen Volkswirtschaften. Als Folge der herrschenden realen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Übereinstimmung hat sich die herrschende Wachstumsideologie zu einem einmaligen politischen Besitzstand entwickelt – fast wirksamer als die Idee des Friedens.

In Summe gründet die Macht der Ideologie in der bisherigen, von allen Regierungen grundsätzlich geteilten Erfahrung, dass ein angemessenes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum jedenfalls in Staaten mit einer reiferen Wirtschaft eine insgesamt befriedende Wirkung entfalten kann. Es sichert den sozialen Frieden, erlaubt die Bedienung neuer Prioritäten ohne Eingriffe in bestehende Verteilungsbesitzstände und rechtfertigt, Dank der überragenden Bedeutung des Wachstums, Entgrenzungen, die der Erleichterung politischer Aufgaben dienen können und auch als solche akzeptiert werden. Die Behauptung etwa, mit Hilfe einer zusätzlichen Staatsverschuldung lasse sich Arbeitslosigkeit überwinden, rechtfertigt – trotz nachgewiesener Wirkungslosigkeit

keit – seit Jahrzehnten die damit verbundenen Entgrenzungen finanzpolitischer Disziplin.

Dass wir es bei der Wachstumsüberzeugung mit einer Ideologie zu tun haben, wird zwar, wie in derartigen Fällen fast immer, bestritten. Versteht man unter ideologisch ein geistiges Konstrukt, das sich seiner inhaltlichen Diskussion verweigert, dann haben wir es angesichts ihres Gültigkeitsanspruches mit einer Ideologie zu tun. Denn ungeachtet zahlreicher Einwände gegen die Wachstumsthese gibt es keine wirklich fruchtbare Debatte über die Gültigkeit der These und die Folgen ihrer weltweiten Anwendung. In meinen Arbeiten zu diesem Gegenstand befasste ich mich seit Mitte der 1970er-Jahre mit der Frage, ob es möglich sein kann, die Regierbarkeit der westlichen Demokratien von einem dauerhaften und angemessenen Wirtschaftswachstum abhängig zu machen. (So geschehen auf den G 7-Gipfeln in Bonn 1978 und 1985, und im übrigen »herrschende Lehre«).

Das Wirtschaftswachstum verläuft, so wie wir es definieren, nach einer exponentiellen Funktion. Exponentielle Funktionen sind instabil. Früher oder später scheitert ihr weiterer Verlauf an einem Absturz, ausgelöst durch die Unmöglichkeit, das Ungleichgewicht länger zu stabilisieren. Niemand darf jedoch einen Indikator als Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung anwenden, dem eine exponentielle Entwicklung zugrunde liegt. Tatsächlich hat die jüngste Entwicklung des BIP den exponentiellen Pfad weitgehend verlassen.

In der Berichterstattung der konjunkturpolitischen Institute oder des Sachverständigenrates werden deshalb auch noch Wachstumsraten von 0,5 bis 1,2 Prozent registriert, obwohl sie für die wirtschaftliche Entwicklung kaum noch Bedeutung haben. Tatsächlich sind wir längst in einer Phase unserer wirtschaftlichen Entwicklungen angekommen, in der es zunehmend dringlicher erscheint, in Kategorien wie Verzicht, Weniger, Balance, Unterscheidung und Weglassen zu denken – also in neuen Formen der Begrenzung, die das psychosoziale Potenzial des Menschen besser abbilden und damit nachhaltiger sind (Brunn-

huber). Voraussetzung ist allerdings die Bereitschaft, die institutionellen Strukturen, die auf Wachstum programmiert sind und deshalb Widerstand leisten werden, durch solche zu ersetzen, die eher Gleichgewichtsorientierungen folgen.

Sieht man von dem grundsätzlichen Einwand gegen die Wachstumsideologie ab und wendet sich einer Reihe behaupteter praktischer Gründe zu, die sie rechtfertigen sollen, stößt man auf drei herrschende Begründungen: 1. Wachstum fördert die Beschäftigung und verringert die Arbeitslosigkeit. 2. Wachstum sichert den sozialen Frieden. 3. Wachstum dient dem Abbau der staatlichen Schulden. In der Praxis der zurückliegenden Jahrzehnte hat sich keiner dieser Gründe als Rechtfertigung bewährt.

Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während der zurückliegenden Jahre bestätigt vielmehr die Annahme, dass es die von der Wachstumsdoktrin behaupteten Zusammenhänge zwischen geringem oder ausbleibendem Wachstum und negativen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht gibt. Die Wachstumsraten waren noch nie so niedrig, die Wirtschaft so leistungsfähig und die Beschäftigung so hoch wie in unserer Gegenwart. Und dies bei Wachstumsraten, die noch vor wenigen Jahren zu Rezessionsängsten geführt hätten. Ebenso wenig haben sich die angeblichen Kausalitäten bewahrheitet, die der Autor als Gegenargumente zitiert, die gegen die Binsenweisheit vorgetragen werden, dass wir in einer begrenzten Welt nicht unbegrenzt wachsen können.

Worauf es jedoch ankommt, sind zunehmend die Auswirkungen des Wachstumsparadigmas in den Bereichen, in denen die integrierte Psychologie tätig ist, forscht und beobachtet. Viel spricht dafür, dass sich vor allem in diesen Bereichen entscheidet, ob es gelingen kann, die »gesellschaftliche Transformation entlang eines Nachhaltigkeitspfades« zu bewirken. Dabei wird es zunächst um die Zukunft der hochentwickelten Industrie- und Wissenschaftsstaaten gehen. Sie sind, gemessen an ihren Ressourcen und Fähigkeiten in erster Linie in der Lage, trotz eines Gebirges verfestigter Besitzstände zu neuen Einsichten und deren politischer Umsetzung zu gelangen.

Helfen werden dabei nicht nur die eigenen Fähigkeiten. Helfen wird auch der wachsende Druck auf die politischen und gesellschaftlichen Institutionen des »Westens«, der von den informativen und kommunikativen Potenzialen der großen Mehrheit der Weltbevölkerung ausgehen wird. Sie war in der Vergangenheit eher als unbeteiligter Dritter den Interessen der sogenannten Weltmächte und Europas ausgeliefert. Inzwischen wird sie erkennen, dass ihr gegenwärtig geringer Lebensstandard sich auch als Vorteil erweisen könnte. Der könnte darin bestehen, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung bei der Transformation ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Umwelt nicht in der gleichen Weise durch materielle Besitzstände behindert sein wird wie die reichen Staaten. Deren Transformation wird durch die in Besitzständen erstarrten Strukturen ihrer Governance zunehmend erschwert und deshalb zunächst für unmöglich angesehen.

II

Die notwendige Transformation des Bestehenden in eine am Nachhaltigkeitspfad orientierte Staatlichkeit und Gesellschaft wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, das Verhältnis von Kultur und Ökonomie grundlegend neu zu justieren. Dies in dem Sinne, dass die Ökonomie ungeachtet ihrer Bedeutung wieder als dienender Teil des Ganzen verstanden und gestaltet wird. Den westlichen Demokratien muss es gelingen, die Kultur wieder in ihr Recht einzusetzen als diejenige Kraft, die das Ganze des Staates und der Gesellschaft als freiheitsorientiertes und an der Würde des Menschen gemessenes Gemeinwesen bestimmt.

In diesem Zusammenhang von Kultur und Ökonomie zu sprechen, heißt deshalb, über die Ganzheitlichkeit menschlicher Gesellschaft zu sprechen. In diesem umfassenden Sinne definiert die Kultur die Identität einer konkreten menschlichen Gesellschaft, einer Region, eines Volkes, einer Nation oder eines Kontinents. Sie unterscheidet damit diese von anderen Kulturen

als Ausdruck anderer Ganzheitlichkeiten. Aufgehoben in jeder dieser Ganzheitlichkeiten sind die Geschichte, die Wertvorstellungen, die bleibenden Erfahrungen mit der eigenen Identität und denen anderer ebenso wie die auf die Gegenwart und die Zukunft bezogenen Ziele, Erwartungen und Vorstellungen des Gemeinwesens.

Als Ausdruck seiner Ganzheitlichkeit und seiner Identität durchdringt die Kultur alle wesentlichen Bereiche seiner Existenz und seines Lebens. Seine staatlichen und politischen, seine wirtschaftlichen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zählen dazu ebenso wie seine Bildungseinrichtungen, seine Kunst, sein sportliches Leben und den kirchlichen, durch die Religion definierten Raum, der selbst einen umfassenden normativen Anspruch erhebt

Die Durchdringung der menschlichen Gesellschaft durch die Kultur ist jedoch weder statisch noch einseitig. Sie ist vielmehr Ausdruck dauernder, sich ständig verändernder Wechselbeziehungen in der Gesellschaft und unter ihren Teilbereichen. Diese beeinflussen und prägen ihrerseits die Substanz dessen, was wir im umfassenden Sinne als Kultur erkennen. Für die nachhaltige Stabilität des Gemeinwesens ist es von großer Bedeutung, dass sich dieser höchst komplexe Prozess kultureller Durchdringung und gegenseitiger Beeinflussung und Bedeutungsveränderung innerhalb des Ganzen der Gesellschaft im Prozess eines dynamischen Gleichgewichts vollzieht. Es geht dabei um die Fähigkeit, entstandene Ungleichgewichte unter den Teilbereichen im Zuge ihrer Entwicklung zu korrigieren und eine dauerhafte Dominanz einzelner Teilbereiche zu verhindern. Nur wenn die Entwicklung seiner Ganzheitlichkeit – und damit seiner Kultur – durch ein dynamisches Gleichgewicht unter den Teilbereichen gewährleistet ist, kann es dem Gemeinwesen gelingen, die in ihm angelegten Potenziale zur vollen Entfaltung zu bringen.

Jede dauerhafte Dominanz eines Teilbereichs, sei es die Wirtschaft, die sozialen Systeme, die Wissenschaft oder die Religion, reduziert dagegen die Ganzheitlichkeit des Gemeinwesens zu-

nehmend auf die Eigengesetzlichkeiten des dominierenden Bereichs. Sie beeinträchtigt und lähmt schließlich die schöpferische Wechselwirkung zwischen den Teilbereichen. Diese versuchen zunächst, sich durch Spezialisierung und institutionelle Verselbständigung aus dem Gesamtzusammenhang zu lösen, um so einer Dominanz zu entgehen. Bereits dadurch verringert sich das kulturelle Potenzial des Gemeinwesens.

Gelingt die Verselbständigung nicht, setzt eine neue Art von Wechselwirkung ein: die einer positiven Resonanz. In dem Maße, in dem die Dominanz eines Teilbereiches die Wirksamkeit der anderen zurückdrängt, schwindet auch deren Fähigkeit, den zunehmend dominierenden Teilbereich zu begrenzen und so zur Wiederherstellung eines dynamischen Gleichgewichts beizutragen. Die Dominanz des Teilbereichs wird vielmehr als Folge einer positiven Resonanz ständig weiter verstärkt.

Am Ende eines derartigen Prozesses bestimmt der dominierende Teilbereich im Wesentlichen die kulturelle Substanz der Ganzheit des Gemeinwesens. Die zurückgedrängten Teilbereiche verlieren ihre definitorische kulturelle Kraft. Aus der Sicht des gesellschaftlichen und damit kulturellen Ganzen werden sie zunehmend als Teilbereiche wahrgenommen, die dem dominierenden Bereich zugeordnet sind. Im Verhältnis zum dominierenden Teilbereich werden sie abhängig. Ihr Inhalt wird im Kern vom herrschenden Teilbereich definiert. Zugleich verliert die Ökonomie jedoch das, was Brunnhuber die »Einbettung« der Ökonomie in das spezifisch Menschliche nennt.

Mit der Dominanz der Ökonomie schwindet auch die Fähigkeit des Gemeinwesens, sie zu begrenzen, die Dominanz zu überwinden und so zu einem dynamischen Gleichgewicht der Teilbereiche zurückzufinden. Das Gemeinwesen selbst gerät dauerhaft aus dem Gleichgewicht. Es wird das Opfer einer Begrenzungskrise. Diese wiederum gefährdet seine dauerhafte Stabilität, seinen inneren Zusammenhalt und damit letztlich auch die materielle Legitimation seiner staatlichen und demokratischen Verfasstheit. Aus der Geschichte wissen wir, dass derartige Be-

grenzungskrisen entweder zu Diktaturen oder zum staatlichen Zerfall führen können.

Dass sich in den vergangenen Jahrzehnten in der »Westlichen Welt« und darüber hinaus eine Dominanz des Ökonomischen entwickelt hat, wird heute kaum noch bestritten. Sie bedroht das dynamische Gleichgewicht innerhalb des Gemeinwesens und die Kultur als Ausdruck der Ganzheitlichkeit einer menschlichen Gesellschaft und deren staatlicher Verfasstheit. In zunehmendem Maße lassen sich Phänomene und Entwicklungen diagnostizieren, die darauf hinweisen, dass wir uns in einer kulturellen Begrenzungskrise befinden. Diese Entwicklungen zu verstehen, ihren Ursachen nachzugehen, die relevanten Zusammenhänge zu erforschen und nach Wegen zu suchen, auf denen die Rückkehr zu einem dynamischen Gleichgewicht innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen erreicht werden kann: Darum geht es, wenn wir das Verhältnis von Kultur und Ökonomie nicht nur mit Hilfe der klassischen Disziplinen, sondern auch mit den Möglichkeiten einer integrierten psychologischen Wissenschaft untersuchen. Die Notwendigkeit einer derartigen Erweiterung der Fragestellung hat Brunnhuber überzeugend begründet.

Bei Tendenzen, die den kulturellen Raum ökonomisch besetzen und damit zu kulturellen Krisen führen, haben wir es mit Entwicklungen von historischer Bedeutung zu tun. Denn die Dominanz des Ökonomischen ist nicht auf eine Nation begrenzt. Sie ist – unbeschadet nationaler Besonderheiten – kennzeichnend für den kulturellen Zustand aller Mitglieder der westlichen Staatengemeinschaft. Von den Wechselbeziehungen unter den Staaten können wir deshalb keine begrenzenden Wirkungen erwarten. Im Gegenteil: Die inhaltliche, strukturelle und technische Angleichung der Märkte, der ökonomischen Zielsetzungen und der Erwartungen der Bevölkerungen sind geeignet, die Dominanz des Ökonomischen weiter zu verstärken.

Angetrieben wird der Prozess durch die Überzeugung, anhaltendes und angemessenes Wirtschaftswachstum, ausgedrückt durch den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, sei eine unver-

zichtbare Grundlage der inneren Stabilität westlicher Demokratien und damit ihrer Regierbarkeit. Sie bestimmt seit den 1970er-Jahren das wirtschaftspolitische Denken des Westens. Seitdem findet sie sich in allen wesentlichen nationalen (Jahreswirtschaftsberichte), europäischen (Lissabon Agenda) und internationalen (G 7/8) Zielsetzungen. Mit ihrer zunehmend globalen Akzeptanz hat sich die Überzeugung zur herrschenden Ideologie verdichtet. Mit ihrem Gültigkeitsanspruch verstärkt sie die Dominanz des Ökonomischen und erhebt sie in den Stand einer existentiellen Voraussetzung der modernen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gewissermaßen eines Wertes an sich.

Auf die Wechselwirkungen zwischen dem ökonomischen und anderen Teilbereichen des Gemeinwesens bleibt diese Entwicklung nicht ohne Einfluss. Betroffen ist wiederum vor allem die kulturelle Dimension des Ganzen. Ihr fehlt nicht nur die Kraft, die Dominanz des Ökonomischen zu begrenzen. Sie kann sich auch nicht länger wirksam der Vorstellung widersetzen, die Kultur »diene« der Wirtschaft und leite daraus ihre Nützlichkeit ab. Tendenziell wird sie in Dienst genommen: als ökonomisch nützlicher Teilbereich, als wirtschaftlicher Standortvorteil, als staatliche Veranstaltung, eingebunden in die Auseinandersetzungen um ausreichende Haushaltsmittel; in Summe die eigentliche Ursache ihrer Krise. Deren weit reichende Bedeutung besteht in der Gefahr, dass die kulturelle Substanz der weiteren Teilbereiche, wie Bildung, Wissenschaft, Kunst, die soziale Ordnung aber auch das Recht (durch positivistische oder »pragmatische« Rechtsanwendung) ebenfalls ökonomischen Zielsetzungen dauerhaft und umfassend dienstbar gemacht werden. Im Rahmen der europäischen Währungsunion droht dem Recht bereits, von der Ökonomie nach seiner Nützlichkeit bewertet zu werden.

Durch einen derartigen Anspruch des Ökonomischen wird nicht nur die Eigenständigkeit der betroffenen Bereiche gefährdet. Gefährdet wird auch die Wirksamkeit ihrer Beiträge, die sie zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt leisten sollen. Von

ihnen können wir erwarten, dass sie durch ihr Wirken die kulturelle Ganzheitlichkeit des Gemeinwesens und seine Stabilität sichern. Dagegen kann die Ökonomie als beherrschende Dimension einer Gesellschaft den politischen und kulturellen Zusammenhalt eines demokratischen Gemeinwesens weder alleine noch als dominierende Kraft gewährleisten.

Nirgends zeigt sich dies deutlicher als in der Europäischen Union. Da die Einheit durch eine politische Union nicht zu haben war, verließ man sich auf die Integration durch den gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung. Beides sind wettbewerbsorientierte Dimensionen. Mit Erfolg können sie nur dann zur Integration beitragen, wenn die tragende Grundlage nicht im Wettbewerb, sondern in den kulturellen, historischen und religiösen Gemeinsamkeiten gesucht wird, aber auch in zukünftigen gemeinsamen Herausforderungen (wie die gegenwärtige Völkerwanderung nach Europa). Die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln wird nicht durch den Wettbewerb oder durch wirtschaftliche Wachstum begründet. Sie kann nur aus der historisch und kulturell begründeten Einsicht erwachsen, dass wir Europäer unsere Kraft einer Schicksalsgemeinschaft verdanken, für die wir auch bereit sein sollten, uns zu begrenzen.

Das führt uns schließlich zur Erörterung der Frage, welche Folgen die Dominanz des Ökonomischen für die Gestaltung einer globalen Ordnung der Wirtschaft haben könnte. Auf nationaler wie auf der Ebene der Europäischen Union vollziehen sich die wirtschaftlichen Prozesse, ungeachtet der dominierenden Rolle des Ökonomischen, grundsätzlich im Rahmen und unter der Herrschaft des Rechts. Sie unterliegen jedenfalls in dieser Hinsicht wirksamen Begrenzungen. Zwar lassen sich auch hier Phänomene ihrer Erosion durch sogenannte wirtschaftspolitische Zweckmäßigkeiten beobachten. Jedoch bleiben die Begrenzungsprobleme Gegenstand politischer Auseinandersetzung und Gestaltung. Damit ist jedenfalls eine grundsätzliche Wertbindung wirtschaftlichen Handelns gewährleistet – wenngleich ihr kulturelles Potenzial als begrenzende Kraft gering bleibt.